## **Unheilige Allianz**

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: Article

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz

Band (Jahr): 83 (2008)

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024** 

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-717569

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

#### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

# **Unheilige Allianz**

Nach langer, teils unsachlicher Debatte verwarf der Nationalrat am 24. September 2008 das neue Rüstungsprogramm. Es obsiegte die unheilige Allianz von grünen und sozialdemokratischen Armeekritikern einerseits und der SVP anderseits. Das Geschäft geht nun zurück in den Ständerat, der das Rüstungsprogramm oppositionslos gutgeheissen hatte.

Schon in der Eintretensdebatte zeichneten sich die Fronten ab.

Gegen das Rüstungsprogramm sprachen die Grünen Josef Lang (ZG) und Geri Müller (AG). Sie lehnten jede einzelne Position ab: Die Geschützten Mannschaftstransporter Duro IIIP seien so unnötig wie die ABC-Fahrzeuge und die Erneuerung des F/A-18.

#### CVP und FDP dafür

Eine Zwischenposition nahm die SP-Fraktion ein. Evi Allemann (BE) und Hans Widmer (LU) wollten die Zahl der Duro IIIP von 220 auf 150 verkleinern. Entschlossen wandten sich die Sozialdemokraten gegen den Kredit für den F/A-18.

Die Sprecher der CVP und der FDP traten vollumfänglich für das 917 Millionen Franken umfassende Rüstungsprogramm ein. Für die CVP empfahlen Arthur Loepfe (AI), Pius Segmüller (LU) und Jakob Büchler (SG) die Annahme des ganzen Programms. Der Freisinnige Walter Müller (SG) griff die Gegner der Vorlage scharf an und beantragte ebenfalls ein Ja.

Für die SVP redeten Toni Bortoluzzi (ZH), Christian Miesch (BL) und Roland Borer (SO) dem Nein das Wort. Sie verlangten einen Marschhalt in der Armeedebatte, bevor neue Gelder gesprochen würden. Sie beanstandeten die Führung des VBS.

#### 104 Nein zu 83 Ja

In der Detailberatung verhärteten sich die Fronten endgültig. Die freisinnige Fraktionschefin Gabi Hutter (UR) und Christophe Darbellay(VS), der Präsident der CVP, warfen der SP, den Grünen und der SVP vor, sie handelten verantwortungslos. Für

## Mechanisch

Ein Redner sprach von mechanischen Verbänden; aber er meinte wohl: mechanisierte. Einer redete von «operationer» Regelung; aber es sollte wohl heissen: «operativ» oder «operationell». fo.



Mit dem Rüstungsprogramm lehnte der Nationalrat den Kredit für den Duro IIIP ab.

die SP stellte deren Präsident, Christian Levrat (FR), in Abrede, die Partei sei eine unheilige Allianz mit der SVP eingegangen. Im Namen der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) warf Ursula Haller (BE) der SVP vor, sie demontiere Bundesrat Schmid in aller Öffentlichkeit.

Die Niederlage für Schmid und die Armee zeichnete sich ab, als die Sozialdemokraten mit ihrem Antrag, den Kredit für den F/A-18 zu verschieben, an der bürgerlichen Mehrheit scheiterten. In der Gesamtabstimmung brachten die SP, die Grünen

und die SVP 104 Nein-Stimmen zusammen. Für das Rüstungsprogramm traten 84 Nationalrätinnen und Nationalräte ein. Sechs Parlamentarier enthielten sich der Stimme.

#### Schmid kämpft weiter

Wie Samuel Schmid nach dem Entscheid ausführte, will er weiter für das Rüstungsprogramm kämpfen. Zwar denke er mitunter über den Rücktritt nach; zum jetzigen Zeitpunkt sei das aber keine Option. Es gebe Nationalräte, welche die Sicherheitspolitik neu ausrichten wollten. fo.

## Nachgeplappert?

Den Vogel schoss der Nationalrat ab, der sagte, in den WK-Brigaden sei die Verantwortung für Führung und Ausbildung getrennt – wider besseres Wissen? Oder plapperte er nur etwas nach? fo.

#### Gegenwehr

Bundesrat Samuel Schmid verteidigte das Rüstungsprogramm vehement. Zu seiner persönlichen Position führte er aus: «Über das Schicksal von Politikern entscheidet die Wahlbehörde.» fo.